

NIEDERSCHRIFT

über die **8.** Sitzung

des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz

(XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **22.05.2024**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:00 Uhr
Den Vorsitz führte: Sabine Kühl

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Jakob Beyen
2. Herr Hans Ludwig Dickers
3. Herr Karl Josef Flüchten
4. Herr Thomas Jung
5. Frau Sabina Kram
6. Herr Joachim Kürsten
7. Herr René Ueckert
8. Herr Max von Borzestowski

• SPD-Fraktion

9. Frau Sabine Kühl
10. Frau Frederike Küpper
11. Herr Herbert Palmen
12. Herr Hans-Georg Schiffer
13. Herr Christian Schmitz
14. Herr Johannes Strauch

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15. Herr Elias Aaron Ackburally
16. Frau Ute Leiermann
17. Frau Marianne Michael-Fränzel
18. Herr Jörg Pesch

19. Frau Petra Schenke

• **FDP-Fraktion**

20. Herr Willibert Fegers
21. Frau Elena Fielenbach

• **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/
Deutsche Zentrumspartei**

22. Herr Leo Oehmen

• **AfD-Fraktion**

23. Herr Bodo Gilz

• **Verwaltung**

24. Herr Frederik Held
25. Herr Marcus Mertens
26. Herr Dezernent Dr. Martin Stiller
27. Herr Dennis Telaar
28. Herr Jan Winning
29. Herr Dominik Wittkamp
30. Michael Wolff
31. Herr Marc Zellerhoff

• **Schriftführerin**

32. Frau Birgit Niesen

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		3
1.	Begrüßung	3
2.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
3.	Beschlüsse des Ausschusses vom 25.01.2024 - Sachstand der Umsetzung	3
3.1.	Umsetzung der Empfehlungen aus dem LÜLF+ Gutachten Vorlage: 32/4444/XVII/2024	4
3.2.	Bevölkerungsschutzzentrum Vorlage: 32/4445/XVII/2024.....	4
4.	Mitteilungen	5
5.	Anfragen	6
5.1.	Bunkeranlagen und Schutzräume Vorlage: 32/4454/XVII/2024	6
5.2.	Feuerlöschboot Neuss.....	7

Öffentlicher Teil:

1. Begrüßung

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Kühl begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Kühl stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

3. Beschlüsse des Ausschusses vom 25.01.2024 - Sachstand der Umsetzung

3.1. Umsetzung der Empfehlungen aus dem LÜLF+ Gutachten Vorlage: 32/4444/XVII/2024

Protokoll:

Die von der Firma LÜLF+ erarbeitete Risikoanalyse für den Rhein-Kreis Neuss enthält eine ganze Reihe von Handlungsempfehlungen. Dabei handelt es sich um eine Mischung aus strategischen Aspekten sowie konkreten Handlungsvorschlägen. Amtsleiter Mertens führte aus, dass bereits für den Finanzausschuss im März eine Priorisierung der Empfehlung durch die Verwaltung erarbeitet worden sei. Diese Liste werde nun kontinuierlich fortgeschrieben, um den Umsetzungsstand der einzelnen Punkte zu dokumentieren. Er erläuterte inhaltlich einige der Punkte und unterschied dabei, welche Einzelaspekte im Zuge der Planungen für ein Bevölkerungsschutzzentrum zu betrachten sei werden, welche bereits vollständig erledigt seien und in welchen es Zwischenergebnisse gebe. Die Übersicht ist der Niederschrift beigefügt.

Ausschussvorsitzende Kühl bat darum, die Übersicht fortzuschreiben und zukünftig mit der Einladung zur Verfügung zu stellen.

Amtsleiter Mertens führte zum Beschluss eines externen Gutachtens zur Personalstruktur der Leitstelle aus, dass der Landrat die Federführung hierfür an ZS 2 (Controlling) zugewiesen habe. Das Amt für Sicherheit und Ordnung stehe mit ZS 2 im Dialog, da zunächst zu klären sei, welches Datenmaterial in ein externes Gutachten einfließen solle.

Zwischenzeitlich habe der Landrat entschieden, für den Bereich der Disposition 6 zusätzliche Stellen in den Geschäftsverteilungsplan aufzunehmen. Damit stehen für die Disposition nunmehr 44 Vollzeitäquivalente zur Verfügung. Die entsprechende Personalakquise laufe bereits.

Ausschussmitglied Jung bat um Erläuterung, wie derzeit der Tagesdienst der Leitstelle, insbesondere die Administration, aufgestellt sei. Amtsleiter Mertens führte aus, dass die Behebung von Störungen durch einen Wartungsvertrag sichergestellt sei und die vakant gewordene Stelle des Systemadministrators zum 01. Juli 2024 wieder besetzt worden sei.

3.2. Bevölkerungsschutzzentrum Vorlage: 32/4445/XVII/2024

Protokoll:

Amtsleiter Mertens legte dar, dass seitens des Fachamtes ein Vergabeverfahren für eine Nutzerbedarfsanforderung, Standortsuche und Machbarkeitsstudie zur Neuentwicklung eines „Gefahrenabwehrzentrums mit integrierter Kreisleitstelle im Rhein-Kreis Neuss“ initiiert worden sei. Derzeit erfolge die Interessensbekundungsphase potentieller Bieter, der sich dann eine Angebotsabgabe anschließen werde.

Die in der Leistungsbeschreibung festgelegten Arbeitsphasen würden sich wie folgt aufgliedern:

Schritt 1: Nutzerbedarfsanforderung

Erarbeitung der Zuständigkeiten des RKN, Möglichkeiten der Aufgabenbündelung und Integrierbarkeit zusätzlicher Aufgaben, um das Aufgabenspektrum des Bevölkerungsschutzzentrums auch unter Betrachtung der Synergieeffekte ergebnisoffen zu bestimmen.

Schritt 2: Standortsuche

Auf Basis der in Schritt 1 festgelegten Aufgaben soll nach grundsätzlich geeigneten Standorten für ein Bevölkerungsschutzzentrum im Kreisgebiet gesucht werden.

Schritt 3: Machbarkeitsstudie

Es wird detailliert geprüft, ob auf den in Schritt 2 ermittelten Grundstücken eine Realisierung auch tatsächlich möglich wäre.

Ausschussvorsitzende Kühl erklärte, dass für das Projekt nach Möglichkeit eine Firma mit entsprechendem Knowhow und möglichst auch Referenzen gewonnen werden sollte.

Amtsleiter Mertens erläuterte, dass entsprechende Kriterien innerhalb des Vergabeverfahrens, welches in enger Abstimmung mit der Submissionsstelle des Rhein-Kreises Neuss durchgeführt werde, vorgesehen seien.

Ausschussmitglied Fegers thematisierte die Kostenschätzung des Gesamtprojektes. Amtsleiter Mertens legte dar, dass zunächst das Verfahren weiter voranschreiten müsse, um hier eine belastbare Aussage treffen zu können.

Kreisdirektor Brügge dankte dem Ausschuss für die Unterstützung zu diesem Projekt.

4. Mitteilungen

Protokoll:

4.1 Auffällige Anstiege der Erftpegel

Herr Held berichtete zum Anstieg des Erftpegels am 02. bzw. 03.05.2024, welcher durch starke Niederschläge verursacht worden sei. Im Rahmen der Bewertung der Situation wurden mehrere Videokonferenzen mit dem Erftverband durchgeführt und ein Voralarm für den Krisenstab und die Koordinierungsgruppe des Krisenstabes durch Kreisdirektor Brügge ausgegeben. Durch vorhandene Rückhaltebecken habe jedoch der Erftverband einen kritischen Anstieg des Erftpegels verhindern können. Kreisweit habe das Starkregenereignis rund 100 Hilfeleistungseinsätze verursacht, die in der Kreisleitstelle eingegangen seien.

Kreisbrandmeister Wolff führte aus, dass am 05.05.2024 eine Meldung der Berufsfeuerwehr Köln an die Leitstelle über den Erftpegel am Messpunkt Neubrück erfolgt sei. Dort sei mit einem Anstieg von 17 cm in kurzer Zeit verzeichnet. Der Anstieg dieses Messpunktes habe der Hochwasserstufe 2 für den Rhein-Kreis Neuss entsprochen.

Unverzüglich seien folgende Maßnahmen ergriffen worden: Auslösung „Freie Leitstelle“ über Divera zur Verstärkung des Leitstellenpersonals, Alarmierung A-Dienst Leitstelle, Lagebesprechung um 4:45 Uhr in der Leitstelle, Meldung an den Leiter des Krisenstabes und Festlegung des weiteren kontinuierlichen Informationsflusses.

Mit den Feuerwehren aus Grevenbroich und Rommerskirchen habe eine enge Zusammenarbeit bestanden. So seien auch erste taktische Maßnahmen erfolgt, um im Falle einer weiteren Lageentwicklung gewappnet zu sein. Letztlich sei der Messpegel der Erft

jedoch wieder gesunken, so dass keine Maßnahmen erforderlich geworden seien. Eine Warnung der Bevölkerung sei nicht erforderlich gewesen.

4.2 Darstellung der aktuellen Arbeitsaufträge in der Abteilung Bevölkerungsschutz

Amtsleiter Mertens gab dem Ausschuss eine Übersicht zu den aktuellen Arbeitsaufträgen der Abteilung:

- Vorbereitung UEFA
- Ausschreibung veröffentlicht, um die Kalkulation der Rettungsdienstgebühr neu aufzustellen (inhaltlich, fachlich, digitales Format)
- Implementierungsphase der digitalen Patientendatenerfassung
- Telenotarzt (Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Aufgabenträger und dem RKN)
- Einsatzkonzept „Gewalt gegen Einsatzkräfte – Notruf“ aktualisiert

4.3 Sachstand Ausschreibung Rettungsdienst

Amtsleiter Mertens führte aus, dass im Verfahren zum einstweiligen Rechtsschutz bzgl. der Klage gegen die Aufhebung des Loses 1 der Ausschreibung des Rettungsdienstes noch nicht durch das Oberverwaltungsgericht Münster entschieden worden sei. Die Entscheidung sei für Juni 2024 avisiert. Aus diesem Grund habe der Interimsvertrag mit dem DRK Grevenbroich bis zum Jahresende verlängert werden müssen, um dem Sicherstellungsauftrag des Kreises für den Rettungsdienst nachzukommen.

5. Anfragen

5.1. Bunkeranlagen und Schutzräume Vorlage: 32/4454/XVII/2024

Protokoll:

Kreistagsmitglied Jung nahm Bezug auf die gestellte Anfrage. In der Bevölkerung sei Verunsicherung durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu verspüren. Daher sollte die Thematik der Schutzräume bei zukünftigen Entwicklungen mitgedacht werden.

Amtsleiter Mertens verwies zunächst auf die Informationen der „Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“, die zur Thematik der Schutzräume unter folgendem Link Aussagen treffen:

<https://www.bundesimmobilien.de/rechtliche-abwicklung-oeffentlicher-schutzraeume-8865c555b3e84c40>

Diese Aussagen seien deckungsgleich mit dem Internetauftritt des Bundesamtes für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz.

Im Rhein-Kreis Neuss stünden derzeit keine öffentlichen Schutzräume zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund der enormen Kosten für die Schaffung und die Unterhaltung öffentlicher Schutzräume werde der Rhein-Kreis Neuss aus eigenen Kräften keine flächendeckenden Maßnahmen treffen können. Jedoch sei nicht auszuschließen, dass bei der zu erwartenden Ausweitung der zivil-militärischen Zusammenarbeit das Gesamtthema eine Rolle spielen könne. Hierzu sei die Gesetzgebung des Bundes abzuwarten.

5.2. Feuerlöschboot Neuss

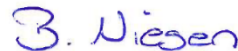
Protokoll:

Kreistagsmitglied Jung verwies auf die Berichterstattung in den Medien, wonach der Stadt Neuss der Standort für die Stationierung eines Feuerlöschbootes durch das Land entzogen worden sei. Er bat die Verwaltung, in der nächsten Sitzung das Thema aufzugreifen und dem Ausschuss über die Auswirkungen und Konsequenzen dieser Entscheidung zu berichten. Ggf. sei es dafür zielführend, einen Vertreter des Landes zu dieser Sitzung einzuladen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Sabine Kühl um 18:00 Uhr die Sitzung.



Sabine Kühl
Vorsitz



Birgit Niesen
Schriftführung

Handlungsempfehlungen	Priorität
Infrastruktur und Technik	
Es wird empfohlen, einen neuen Standort für die räumliche Ansiedelung des Krisenstabs sowie der KGS zu suchen. Hierfür können Bestandsliegenschaften genutzt werden. Sollten diese nicht zur Verfügung stehen, ist über einen Neu- oder Erweiterungsbau nachzudenken. Dabei gilt es, die heutigen Anforderungen an Büro- und Arbeitsräume sowie Sozial und Lagerräume für den Stabsbetrieb zu erfüllen. In die Umsetzungsplanung sollten Facharchitekten und Prozessplaner einbezogen werden.	Neubauplanung BSZ
Der Ist-Zustand der Krisenvorsorge zeigt Defizite in der Vorhaltung von Einsatzmitteln und Materialien. Weitere Beschaffungsbedarfe sind nach der Bedarfsermittlung erwartbar. Die aktuellen Lagerkapazitäten sind voll ausgeschöpft, weshalb das Lager- und Logistikkonzept neu gedacht werden muss.	Neubauplanung BSZ
Die Auswahl von geeigneten Ersatzräumen und die Vorhaltung einer redundanten Grundausstattung an Büromaterial, Darstellungsmitteln für die Lagedarstellung und Informations- und Kommunikationsausstattung ist erforderlich.	mobiles Material für Lagedarstellung beschafft; Lageraum für operativ-taktischen Stab in KLS (Hammfelddamm 6) eingerichtet
Für die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des Krisenstabs ist ein Ausweichstandort bei Ausfall des Hauptstandorts zwingend erforderlich. Hierfür sind selbstverständlich geringere Anforderungen anzusetzen als für den Hauptstandort.	in Gesprächen mit Amt 65 / Dez VI
Aus Sicht von Lüf+ erfüllen die heutigen Räumlichkeiten der Leitstelle nicht die Anforderungen an moderne Rettungsleitstellen gemäß der DIN EN 50518 sowie der Handreichung des Fachverbands Leitstelle. Hier sollte eine den Anforderungen entsprechende bauliche Lösung in Planung gebracht werden. Einzelne Teilaspekte aus dieser Untersuchung sollten bereits vorab geändert werden. Dies betrifft die Punkte: Notausgang, Brandmeldeanlage und Einbruchmeldeanlage.	Neubauplanung BSZ
Neben den Stabsräumen ist in einigen Szenarien auch eine Führung vor Ort notwendig. Aus diesem Grund wird dringend empfohlen, den ELW 2 zu ertüchtigen und auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen.	in Umsetzung; Termin mit Ausbaufirma zur Ertüchtigung vereinbart
Die notwendigen Maßnahmen der Leitstelle sind am aktuellen Standort nicht realisierbar. Zur Nutzung von Synergieeffekten: Integration der Stabsräume und des Lagers in ein gemeinsames Bevölkerungsschutzzentrum. Der zentrale Ansatz entspricht den Planungen anderer Katastrophenschutzbehörden.	Neubauplanung BSZ
Entsprechendes Lagedarstellungsmaterial sollte beschafft werden.	beschafft; siehe oben

Zur Ermöglichung eines einheitlichen Lagebilds sowie zur rechtssicheren Dokumentation der Maßnahmen und Entscheidungen des Krisenstabs ist eine digitale Unterstützungssoftware zu empfehlen. Diese erleichtert die Gesamtdokumentation und ermöglicht die Anbindung externer Stellen an das System.	mittelfristige Planung
Es wird die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie für die Katastrophenabwehr, unter Beteiligung der relevanten Verwaltungseinheiten und externen Hilfsorganisationen, dringend empfohlen.	mittelfristige Planung
Einführung einer gemeinsamen Datenhaltungs- und Informationsplattform für die an der Katastrophenabwehr beteiligten Verwaltungseinheiten und externen Hilfsorganisationen.	mittelfristige Planung
Prüfung des Bedarfs der zentralen Vorhaltung von Materialien und Fahrzeugen vor dem Hinblick neuer Beschaffungen.	Neubauplanung BSZ (enthalten in Ausschreibung Nutzerbedarfsanalyse)
Etablierung eines Tools zur Übersicht der vorhandenen Ressourcen.	mittelfristige Planung
Aufbauorganisation	
Die Einsatzleitung funktioniert in der Praxis, jedoch existiert kein Konzept. Für einen effizienteren Ablauf soll ein Konzept erstellt werden, welches den Aufbau und den Ablauf der Einsatzleitung definiert. Mitglieder der Einsatzleitung (S-Funktionen, Verbindungsbeamte sowie Fachberater) sollen benannt werden, regelmäßige Treffen sowie Übungen müssen durchgeführt werden, um das Konzept zu etablieren.	Konzept in 02/2024 erstellt
Es ist dringend angeraten, den Personalkörper der Rettungsleitstelle bemessen zu lassen. Ohne einen entsprechenden Aufwuchs des Personals wird die zeitgerechte Bedienung des Anruf- und Notfallaufkommens perspektivisch gefährdet sein.	in Umsetzung; 6 zusätzliche Stellen für den Bereich Disposition bewilligt; externe Beurteilung Tagesdienst noch nicht beauftragt
Mit der Umstrukturierung der Abteilung 32.2 sind Zuständigkeiten zu definieren. Die Implementierung von Stellenbeschreibungen ist hierfür sachdienlich. Um Aussagen über die bedarfsgemäße Personalausstattung tätigen zu können, sind regelmäßige Evaluationen bezüglich der Aufgabenwahrnehmung notwendig.	kurzfristige Planung
Mit der Umstrukturierung der Abteilung und dem Personalzuwachs soll die regelmäßige, vorbereitende Krisenstabsarbeit wieder aufgenommen werden. Insbesondere der Kontakt zu Funktionsträgern im Krisenstab soll aufrechterhalten werden sowie sollen regelmäßige Treffen und Übungen stattfinden.	mittelfristige Planung
Erhebung der eigenen Vorbereitungen und Bewertung der Resilienz der kreisangehörigen Kommunen, als Grundlage für Vereinbarungen zur interkommunalen Zusammenarbeit in der Katastrophenabwehr, insbesondere der Leistungsfähigkeit des SAE.	langfristige Planung

Etablierung und Definition von Vorwarnschwellen für definierte Ereignisse, die eine Ansprechgruppe bzw. einen Einsatzstab erfordern	wird fachlich diskutiert; Setzung für Stichwort "Unwetter" in aktualisiertem Konzept erfolgt
Regelmäßige Treffen der KGS, um die Planungen fortzuführen und umzusetzen.	kurzfristige Planung
Benennung der KGS, SMS und EMS in dreischichtfähiger Besetzung.	mittelfristige Planung
Es wird empfohlen, eine anhand der in der Risikoanalyse betrachteten Szenarien orientierte Schwelle zu definieren, wann der Katastrophenfall ausgerufen werden kann. Bisher wurde dies nur in einem Fall getan.	mittelfristige Planung
Die Umsetzung der NRW-Konzepte sollte von der UKB initiiert werden. Alle Konzepte sollen mit den jeweiligen einbezogenen Einheiten geplant und beübt werden. Der Kreis soll dabei als Ansprechpartner, Koordinator und Planungsgremium fungieren. Es wird empfohlen, Arbeitskreise zu bilden, welche sich um die Umsetzung kümmern. Das Ergebnis ist der Leitstelle zur Implementierung der Alarmierung mitzuteilen.	in Umsetzung Aufstellübung V-Dekon am 15.05.2024 durchgeführt Aufstellübung BTP-500 für den 02.06.2024 geplant
Ablauforganisation	
Mit der neuen Struktur und dem Zuwachs an Personal soll beobachtet werden, ob Aufgaben beendet werden können (insbesondere die Erstellung und Pflege von Konzepten).	in Umsetzung
Definition und Einteilung der Aufgabenverteilung mit der Neuordnung und dem Personalzuwachs in der Abteilung. Festlegung von Verantwortlichkeiten nach Zuständigkeiten und Definition von Vertretungszuständigkeiten.	in Umsetzung
Stärkere Einbindung der kreisangehörigen Kommunen in die Planungsprozesse und transparente Darstellung der Fähigkeiten und Resilienz der kreisangehörigen Kommunen.	bzgl. Feuerwehren schon in Umsetzung; Beteiligung kreisangehöriger Kommunen bei Planung BSZ vorgesehen
Bildung von aufgabenbezogenen und funktionalen Schwerpunkten in der Abteilung 32.2, unter Berücksichtigung der Möglichkeit zur gegenseitigen Vertretung bei Personalausfällen und Abwesenheiten.	in Umsetzung
Festlegung innerhalb der Kreisverwaltung, welche Dienstleistungen/Bereiche mit reduziertem Angebot oder vorübergehender Einstellung der Dienstleistung Mitarbeiter-Kapazität schaffen können.	Zuständigkeit ZS 2
Ausweisung von Stellenanteilen für die Aufgaben des Kreises im Zivilschutz.	Zuständigkeit ZS 2
Aufbau eines fortlaufenden Austauschformats mit den Betreibern kritischer Infrastrukturen	langfristige Planung
Aufbau eines digitalen Fähigkeiten-Katasters zur Bewältigung von Katastrophen und katastrophenhähnlichen Ereignissen mit Geo-Referenzieren der Einheiten und Bewältigungskapazitäten.	langfristige Planung
Laufende Aktualisierung des Katastrophenschutzplanes und der Sonderpläne, gemäß der Risikoanalyse.	in Umsetzung; konkret in Arbeit: Sonderschutzpläne für die Firmen TankQuit und 3M

Durchführung einer Schutzbedarfsfeststellung und Risikoanalyse zur Strategieentwicklung und Ableitung des Bedarfs an (Katastrophenvorsorge)-Konzepten und Plänen.	Neubauplanung BSZ (teilweise enthalten in Ausschreibung Nutzerbedarfsanalyse)
Überarbeitung und Fortschreibung der Stabsdienstordnung und der Katastrophenschutz(sonder-) pläne zur Berücksichtigung der neuen Organisationsform	in Umsetzung; Dienstanweisung für "Beamte vom Dienst" aktualisiert
Akquirierung neuer Personen für den Krisenstab, um eine Dreischichtfähigkeit zu etablieren.	kurzfristige Planung
Etablierung eines PSU-Systems für die Mitarbeiter im Einsatzstab.	kurzfristige Planung
Aufgrund der fehlenden Konzepte muss die Alarmierung und Abfrage telefonisch erfolgen. Die Umsetzung der Konzepte muss vordefiniert werden.	mittelfristige Planung
Die Einrichtung einer PASS ist organisatorisch umzusetzen und zu beüben.	in Umsetzung; Aktualisierung der PASS-Besetzung ist erfolgt; Schulung der Kräfte am 16.05.2024 erfolgt
Ermittlung des Bedarfs an Sonderfahrzeugen anhand der in der Risikoanalyse definierten Szenarien, interkommunale Vorplanung der Konzepte auf Initiierung des Kreises (VüH und interne Konzepte)	Neubauplanung BSZ (teilweise enthalten in Ausschreibung Nutzerbedarfsanalyse)
Erstellung eines Konzepts unter Einbezug der Feuerwehren zur nachbarschaftlichen Löschhilfe.	langfristige Planung
Anpassung der AAO'en mit dem Ziel der Reduktion der Stichwortanzahl anhand eindeutiger Meldebilder.	langfristige Planung
Erfassung der Einheiten und Fahrzeuge, Übermittlung an die Leitstelle und Erstellung eines Alarmierungskonzeptes.	langfristige Planung
Aktualisierung des Taschenalarmplans und Übermittlung an alle Funktionsträger.	erledigt
Damit die Aufgaben und die Mitarbeit im Krisenstab präsent bleiben, sollten regelmäßige Treffen und Informationen von der KGS zu den SMS und EMS stattfinden.	mittelfristige Planung
Sensibilisierung der gesamten Kreisverwaltung bezüglich des Handelns in Krisen.	mittelfristige Planung
Ausweitung und Operationalisierung der Sachgebietsbesprechungen.	in Umsetzung; Einführung eines Jour Fixe in Abteilung 32.2 erfolgt
Einbeziehung der Hilfsorganisation in die Planungen des Kreises, insbesondere bei der Planung der Konzepte. Wiederaufnahme des AK KatS unter Leitung des Kreises.	mittelfristige Planung; Besprechungen mit den Wachleitern Rettungsdienst sind initiiert und erste Treffen sind durchgeführt; Anlassbezogene Besprechungen zur Planung UEFA durchgeführt

Vorbereitung und Bereitstellung von Informationen zum Verhalten in bestimmten Situationen und Definition von redundanten Melde- und Kommunikationswegen (z. B. Themenseiten, die im Ereignisfall aktiviert werden, Flugblätter in mehreren Sprachen, "Leuchttürme für verschiedene Szenarien").	langfristige Planung
Vereinheitlichung des Warnkonzeptes aller Kommunen zu einem kreisweiten Konzept. Es soll sichergestellt werden, dass alle Funktionsträger das Warnkonzept kennen. Ebenso soll das Konzept regelmäßig aktualisiert werden.	langfristige Planung
Aus- und Fortbildung	
Erhebung des Aus- und Fortbildungsbedarfes des Krisenstabs, Ausbildung neuer Mitarbeitender, intensivere Weiterbildung der bestehenden Mitarbeitenden zum Abbau der Aus- und Fortbildungsrückstände.	mittelfristige Planung
Es wird dringend empfohlen, die Fortbildung auch um Inhalte mit ausschließlichem Leitstellenzusammenhang auszuweiten. Dazu gehören Gesprächstechniken, aber auch Schulungen zu Herangehensweisen an bestimmte Einsatzlagen.	mittelfristige Planung
Eine organisationsübergreifende Fort- und Weiterbildung in den Hilfsorganisationen auf die Kreiskonzepte ist zu etablieren.	langfristige Planung
Eine organisationsübergreifende Fort- und Weiterbildung der Helfenden in den Hilfsorganisationen auf die Kreiskonzepte ist zu etablieren.	langfristige Planung
Erweiterung des Fortbildungsangebots auch auf Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter sowie Rettungshelferinnen und Rettungshelfer.	Neubauplanung BSZ
Schaffung geeigneter Räumlichkeiten für die Durchführung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen bei Hilfsorganisationen, Stäben und Feuerwehren.	Neubauplanung BSZ
Durchführung von strukturierter Beobachtung, Nachbereitung und Auswertung der Teilübungen und Stabsrahmenübungen.	mittelfristige Planung